

„Was wir machen, ist Knochenarbeit“

Vivant ist in der Coronakrise stark unter Beschuss geraten. Im Interview mit dem GrenzEcho geht Vivant-Sprecher Michael Balter auf diese Vorwürfe ein, bezieht aber auch Stellung zu anderen Themen. Zum Beispiel zur institutionellen Entwicklung Belgiens. „Grundsätzlich sind wir Befürworter der Autonomie, aber wir wollen nicht irgendwelchen Träumereien nachgehen“, sagt er.

Herr Balter, nachdem die Coronakrise etwas in den Hintergrund gerückt ist, geht es zurzeit im Parlament der DG wieder verstärkt um andere Themen. Zuletzt beispielsweise um den Haushalt. Wie bewerten Sie die Finanzlage der DG?

Dramatisch. Mehr als 650 Millionen Euro Schulden hat die DG aktuell. Durch die steigenden Zinsen wird dies in Zukunft richtig teuer. Hinzu kommen steigende Ausgaben und eine immer noch hemmungslose Ausgabenpolitik der DG-Regierung. Auch werden in meinen Augen die Ursachen der Inflation viel zu wenig öffentlich diskutiert. Es sind nicht nur die Ukraine-Krise oder die steigenden Rohstoffpreise. Dies ist nur der berühmte Strohalm, der dem Esel das Genick bricht. Die Gründe liegen viel tiefer und werden von uns seit mehr als zwölf Jahren im Parlament immer wieder angesprochen.

Was sind denn die wahren Ursachen aus Ihrer Sicht?

Seit 2008 hat die Europäische Zentralbank Billionen in den Markt gepumpt, um Anleihen von Pleiteländern aufzukaufen. Jetzt steigen für diese Länder die Zinsen wieder erheblich. Es wird für die EZB schwer werden, hier einzugreifen, da so wieder die Geldmenge ansteigen würde, was wiederum die Inflation anheizt. Es kommen unruhige Zeiten auf uns zu. Kurz gesagt, die Krise liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.

Die Debatte über die siebte Staatsreform nimmt langsam Fahrt auf. Die DG scheint die sechste Staatsreform gut verkrachtet zu haben und arbeitet jetzt an einer Reform der Raumordnung. Wie schätzen Sie das Ganze ein?

Gut verkrachtet? Wie kommen Sie darauf? Es gibt immer noch zahlreiche Baustellen, und der Verwaltungsaufwand wurde erheblich vergrößert. So richtig rund läuft es nicht. Die Raumordnung wird nochmals eine große Nummer, wobei ich hier die Vorarbeiten im Parlament relativ gut finde. Es gab zahlreiche Anhörungen, und man will die Anmerkungen der betroffenen Einrichtungen mit in die Gesetzgebung einbauen. Wichtig ist, was am Ende dabei rauskommt. Es muss bei jeder Übertragung von Zuständigkeiten für den Bürger um eine spürbare Verbesserung gehen. Ansonsten spart man sich besser diese ganze Mehrarbeit. Dies war aber nicht immer der Fall.

Wird Vivant seinen Standpunkt zum Belgien zu viert eines Tages überdenken? Oder bleibt es dabei, dass Sie das ablehnen?

Grundsätzlich sind wir Befürworter der Autonomie, aber wir wollen nicht irgendwelchen Träumereien nachgehen. Wer ein Belgien zu viert fordert, der muss wissen, dass das Geld dafür von irgendwoher kommen muss. Der Föderalstaat hat es nicht. Es gibt aber einfach keine globale Sicht der Dinge. Man sollte die Dinge so sehen, wie sie sind, mit einem gewissen Abstand.

Den haben viele sogenannte „Vollblutpolitiker“ aber nicht mehr. Auch im Parlament in Eupen spüre ich diese Einstellung. Nehmen Sie den öffentlichen Dienst: Da werden Privilegien, die einfach zu deutlich sind im Vergleich zur Privatwirtschaft, gepflegt. Die Konkurrenz zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft wird immer deutlicher. Die öffentliche Hand wirbt dem Privatsektor Fachpersonal ab. Und durch eine vierte Region würde sich dies weiter verschlimmern. Das sind Dinge, die niemand thematisiert. Das fasst man nicht an, denn die Gefolgschaft braucht man.

Sie bleiben bei der Forderung, Ernennungen im Bildungswesen abzuschaffen?

Auch das ist etwas, was wir uns nicht mehr leisten können. Es gibt ganz bestimmt viele Lehrer und auch Mitarbeiter im Ministerium, die eine tolle Arbeit machen. Andere ruhen sich aber auf ihrer Ernennung, auf ihren Ämtern aus. Das bestehende System fördert nicht die Dynamischen, die Erneuerer, die Veränderer, sondern die Bewahrer, die Unbeweglichen, diejenigen, die ihre Macht behalten wollen, diejenigen, die auf ihren Posten kleben. Dabei muss man nach Alternativen suchen. Das sind alles heiße Eisen, an die sich bisher außer uns niemand rantraut.

Die erste Hälfte der Legislatur wurde von der Coronakrise bestimmt. Wie sind Sie damit umgegangen?

Ich möchte zunächst daran erinnern, dass die Legislatur nach den Wahlen 2019 mit einem großen Rückschlag angefangen hat: Die alte Mehrheit aus ProDG, SP und PFF hat nämlich weitergemacht, obwohl sie nicht mehr die Mehrheit der Stimmen hatte. Es ging einfach weiter wie bisher. Zudem sind Personen wie Karl-Heinz Lambertz und Alexander Miesen, obwohl sie starke Einbußen bei ihren persönlichen Wahlergebnissen hatten, auf höchste Ämter gehievt worden. Das war sicherlich nicht im Sinne des Wählers. Grundsätzlich hat sich eine Krise schon im Halbjahr vor Corona angedeutet. Das machten auch die Aussagen von Herrn Paasch deutlich, der in seiner typischen abgehobenen Regierungsrhetorik bereits von Einnahmeverlusten sprach. Einsparungen gab es trotzdem nicht. Der Bürokratieabbau wurde bloß wieder nur in die Rhetorik eingebaut, passiert ist nichts. Positiv war, dass man die Vivant-Idee vom Regionalgeld aufgegriffen hat, wobei dies auch wieder ins Stocken geraten ist.

Dann kam im Frühjahr 2020 Corona.

Das hat natürlich die gesamte Arbeit im Parlament auf den Kopf gestellt. Das war von Anfang an schwierig, weil es nie eine klare, angemessene und sinnvolle Linie in der Kommunikation gab. Wir bei Vivant haben uns anfangs bedeckt gehalten und versucht, die Lage zunächst einmal zu analysieren. Wir haben dann Kritik an den Maßnahmen geübt und wollten eine andere Sicht-



Michael Balter: „Zum Thema Corona hat es praktisch nie eine politische Debatte gegeben. Immer dann, wenn man Fragen stellt und versucht, die Dinge etwas anders zu sehen, ist man sofort als Verschwörungstheoretiker diffamiert worden.“

Foto: David Hagemann

weise einbringen – nicht das typische Regierungsnarrativ. Das führte schnell dazu, dass wir in eine rechte Ecke gesteckt wurden, denn es gab gerade bei diesem Thema Denkverbote. Außenseiter waren wir immer schon, trotzdem sind in der letzten Legislatur Vorschläge von uns übernommen worden. Jetzt kann man aber richtig spüren, wie alles zerrissen werden muss, was von uns kommt. Heute wissen wir, dass die Corona-Maßnahmen enorme Spuren hinterlassen haben. Die letzten beiden Jahre waren gerade für Kinder, Jugendliche und ältere Menschen eine Katastrophe. Das alles wird Folgen haben, und das liegt ganz eindeutig nicht am Coronavirus, sondern an den Maßnahmen dagegen.

Es galt, Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung eines gefährlichen Virus zu treffen. Dass das nicht leicht ist, liegt auf der Hand. Glauben Sie wirklich, Vivant hätte das alles besser gemacht?

Wir hätten eine andere, eine gesamtheitliche, systemische Sicht auf das Geschehen aufgezeigt. Vivant hat immer eine andere Perspektive mit eingebracht und Alternativen angeboten. Doch von Anfang an wurde mit der Angst gespielt. Die Angst wurde den Menschen regelrecht eingehämmert. Und die Leute haben sich dann auch eingesperrt. Das hat zu enormen gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Schäden geführt, zu einer Entfremdung, die man heute noch spüren kann und nur langsam weggeht. Hinzu kam, dass vieles, was man im Laufe der Coronakrise gesagt hat, einfach nicht

eingetroffen ist. Auch die Gegend mit der Impfung gehört dazu: Anfangs hieß es, sie biete einen kompletten Schutz, dann plötzlich nicht mehr. Die Impfung war jedenfalls nicht der „Gamechanger“. Auch da haben wir immer wieder Fragen gestellt und auf Ungereimtheiten aufmerksam gemacht. Aber im Zuge von Corona war Kritik von Anfang an nicht gewünscht. Und wenn in Brüssel Menschen auf die Straßen gingen, zeigte man in den Medien ganz wenige Menschen, die gewalttätig waren, statt die Tausenden, die sich friedlich für einen anderen Weg eingesetzt haben. Das Verhalten der Polizei wirft in diesem Zusammenhang auch viele Fragen auf. Ich habe oft im Parlament zu meinen Kollegen von der Mehrheit und von den anderen Oppositionsparteien gesagt: „Hört euch doch mal an, was die Kritiker zu sagen haben.“ Aber man hat einfach nicht zuhören wollen. Und wohlgehemmt: Wir reden hier nicht von irgendwelchen „Verschwörungstheoretikern“, sondern von seriösen Wissenschaftlern, die mit der Vorgehensweise in der Coronakrise ein Problem hatten und andere, womöglich bessere Lösungen aufgezeigt haben.

Vivant bzw. der Vivant-Anhängerschaft wird oftmals vorgeworfen, in der Querdenker-Szene unterwegs zu sein, Verschwörungstheorien zu verbreiten.

Wer ist ein Querdenker, wer ist ein Verschwörungstheoretiker? Und, vor allem: Wer bestimmt das? Zum Thema Corona hat es praktisch nie eine politische Debatte gegeben. Immer dann, wenn man Fra-

gen stellt und versucht, die Dinge etwas anders zu sehen, ist man sofort als Verschwörungstheoretiker diffamiert worden. Uns wurde auch vorgeworfen, für den Tod von Menschen verantwortlich zu sein, nur weil wir sachliche Fragen zur Impfung gestellt haben. Das muss sich mal vorstellen. Ich hätte niemals für möglich gehalten, dass sich die politische Debatte in so kurzer Zeit so stark verändern könnte.

Und das, was sich teilweise Netz abspielt? Damit hat Vivant nichts zu tun?

Ich erinnere Sie daran, dass wir bei den Wahlen 2019 in drei Gemeinden (Amel, Büllingen und Bütgenbach, A.d.R.) stärkste Kraft geworden sind. Hinter Oliver Paasch und Pascal Arimont hatte ich die drittmeisten Vorzugsstimmen. Wir haben es wirklich nicht nötig, in irgendwelchen Gewässern zu fischen. Der Wähler hat uns einen starken Auftrag gegeben. Und diesen erfüllen wir. Wir sind systemkritisch und verstehen uns als Korrektiv. Glauben Sie, dass das immer schön ist, sich im Parlament hinzustellen, anderer Meinung zu sein und dann beschimpft und diskreditiert zu werden? Glauben Sie, dass ich immer ein fröhliches Lied pfeifend übers Venn fahre und mich auf die Sitzungen im PDG freue? Was wir machen, ist total unpopulär. Dennoch nennt man uns Populisten. Unsere Arbeit ist aber absolut notwendig, denn sonst macht sie niemand.

Sie scheinen sich sehr in dieser Rolle zu gefallen: Vivant als Opfer, Vivant gegen alle.

Nein, richtig müsste es heißen: alle gegen Vivant. Wir sind nicht gegen etwas, sondern für etwas, für eine andere Sichtweise, für genaues Hinschauen. Also sehen wir uns auch nicht als Opfer, sondern als Aktive. Wir hätten es viel einfacher, wenn wir uns der Mehrheit so anbiedern würden wie die anderen Oppositionsparteien CSP und Ecolo.

Es gibt zum Teil heftige Reaktionen gegen Vivant. Die CSP hat Vivant sogar als „staatszersetzend“ bezeichnet. Stellen Sie sich angesichts solcher Kritik nicht infrage?

Nein, wir übertreiben ja nicht. Was wir machen, ist Knochenarbeit, und das seit Jahren. Der Versuch der CSP, uns zu diskreditieren, ist ins Leere gelaufen.

Haben Sie solche Denkverbote auch in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg festgestellt?

Ja. Wenn man sich Zeitungsartikel zur Ukraine von vor einigen Jahren anschaut, in denen klar ausgedrückt wurde, was für eine „korrupte“ Elite dieses Land regiert, und dann soll die Ukraine heute EU-Beitrittskandidat werden? Außerdem finde ich es etwas befremdlich, dass bei all den Kriegen und Krisen, die wir aktuell auf der Welt haben, nur auf die Ukraine geschaut wird. Natürlich ist Putins Krieg zu verurteilen, aber dies ist nicht der einzige Konflikt. Ein Beispiel: Im Jemen verhungern Hunderttausende von Kindern, die UN spricht von der schlimmsten humanitären Krise der Welt. Wo ist da die Betroffenheit? Wir sollten bedenken, eins ist im Ukraine-Konflikt sicher: Russland wird Putin überleben. Es müssen Diplomaten ran und nicht noch mehr Panzer, bevor es geopolitisch zu neuen Bündnissen kommt und die EU dann als der große Verlierer dasteht.

Was Corona angeht, herrscht zurzeit Entspannung. Was erwarten Sie für den Rest der Legislatur?

Die Probleme sind nicht gelöst, nur weil es ruhig um Corona geworden ist. Es gab schon vor Ausbruch dieser Krise überall Probleme: die Ineffizienz der Verwaltung, der viel zu teure Beamtenapparat, der „Klüngel“ im System, der Pflegenotstand, die Folgen des demografischen Wandels, immer mehr Kinder mit Auffälligkeiten, die zahlreichen Probleme im Unterrichtswesen, der schlechte allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung, die riesige Verschuldung der DG, der Fachkräftemangel und jetzt die Inflation und die steigenden Zinsen. Diese Mehrheit war, ist und wird nie fähig sein, sich dieser Verantwortung zu stellen. Denn wer ist denn seit Jahrzehnten an der Regierung? Zahlreiche Probleme wurden einfach vor sich hergeschoben, und jetzt? Schulden aufnehmen, dann riesige Summen von Geldern verteilen und sich dann als Heilsbringer hinzustellen, das kann die Regierung. Aber sonst? Diejenigen, die Probleme nicht lösen können oder wollen, sind Teil der Probleme.